Wirtschaftspressekonferenz der chemischen Industrie Baden-Württemberg

7. April 2011, Stuttgart

Unterlagen für die Medien

Für Fragen und Anregungen: medien@chemie.com, 07221 2113-48

Chemie-Verbände Baden-Württemberg

Arbeitgeberverband Chemie Baden-Württemberg e.V.

Verband der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Baden-Württemberg

Markgrafenstraße 9
76530 Baden-Baden
www.chemie.com

Telefon 07221 2113-0
Telefax 07221 26675
info@chemie.com

Wirtschaftspressekonferenz
der Chemie-Verbände Baden-Württemberg

am Donnerstag, 07. April 2011, in Stuttgart

Die heutigen Gesprächspartner bei den Chemie-Verbänden sind:

Dr. Gerd Backes

Vorsitzender
des Verbandes der Chemischen Industrie e.V.,
Landesverband Baden-Württemberg

Markus Scheib

Vorsitzender
des Arbeitgeberverbandes Chemie Baden-Württemberg e.V.

Thomas Mayer

Hauptgeschäftsführer,
Chemie-Verbände Baden-Württemberg, Baden-Baden

Ralf Müller

Geschäftsführer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Chemie-Verbände Baden-Württemberg, Baden-Baden

Download der Bilder unter http://medien.chemie.com

Chemie-Verbände Baden-Württemberg

Arbeitgeberverband Chemie Baden-Württemberg e.V.
Verband der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Baden-Württemberg
Markgrafenstraße 9
76530 Baden-Baden
www.chemie.com
Telefon 07221 2113-0
Telefax 07221 26675
info@chemie.com

Information für die Medien

Wirtschaftspressekonferenz der chemischen Industrie 2011: Energiekosten und Pharmageschäft als Risiken

Prognose 2011: Umsätze in der Chemie wachsen - Beschäftigung leicht positiv

Stuttgart, 7. April 2011. Die Stimmung in der baden-württembergischen Chemie-Branche ist insgesamt gut. Die Unternehmen rechnen 2011 mit moderaten Umsatzzuwächsen. Das Tempo der konjunkturellen Erholungsphase wird sich - nach Angaben von Thomas Mayer, Hauptgeschäftsführer der Chemie-Verbände Baden-Württemberg - allerdings verlangsamen.

Konjunkturprognose 2011

Fast 60 Prozent der Chemie-Unternehmen im Land gehen davon auch, dass im Laufe dieses Jahres das Vorkrisen-Niveau wieder erreicht wird. Die optimistische Grundstimmung basiert vor allem auf dem erwarteten Auslandsgeschäft. Der heimische Absatzmarkt wird skeptisch bewertet. Hier wird es für den Chemie-Mittelstand immer schwieriger, deutlich steigende Energie- und Rohstoffkosten weiterzugeben.

Die insgesamt positive Konjunkturprognose wird sich, laut Mayer, auch in der Beschäftigtenentwicklung niederschlagen. Jedes vierte Chemie-Unternehmen erwartet 2011 einen höheren Personalstand. Nur 15 Prozent gehen von rückläufigen Zahlen aus.

Unter dem Strich rechnet die Branche damit, dass die Zahl der Mitarbeiter und Auszubildenden 2011 leicht steigen wird. Bestätigt wird die optimistische Grundstimmung durch die ersten Daten für 2011. So sind die Umsätze der chemischen Industrie Baden-Württembergs im Januar und Februar um 7,2 Prozent gestiegen.

Wirtschaftliche Situation bei den Herstellern von Farben und Lacken

Auch die Hersteller von Farben und Lacken prognostizieren für 2011 eine positive Beschäftigungsentwicklung. Fast 40 Prozent der Betriebe will die Zahl der Arbeitsplätze erhöhen.

2010 hat sich der Umsatz der baden-württembergischen Farben- und Lackproduzenten insgesamt positiv entwickelt. Mit einem Exportzuwachs von 12,5 Prozent konnte die Lackbranche bereits wieder an das Vorkrisen-Niveau anknüpfen.

Wirtschaftliche Situation bei den Arzneimittelherstellern

Die Gesamtumsätze der pharmazeutischen Industrie in Baden-Württemberg haben sich im Vorjahr gegenüber 2009 um 5,6 Prozent auf 7,3 Mrd. Euro verringert. Der Auslandsumsatz ging um 3,5 Prozent zurück. Das Inlandsgeschäft brach mit minus 10,3 Prozent zweistellig ein. Die Zahl der Beschäftigten in den Pharma-Unternehmen ging 2010 um 2,7 Prozent zurück.

Die wirtschaftlichen Prognosen für 2011 sind bei den Arzneimittelherstellern überwiegend pessimistischer als in der gesamten Chemie-Branche.
Nach einer Umfrage der Verbände rechnet kein einziges Pharma-Unternehmen mit einem besseren Konjunkturverlauf als im Vorjahr. Auch die Einschätzung der Ertragslage ist für 2011 vergleichsweise negativ.

Die Gründe für diese Situation liegen, laut Mayer, insbesondere in der Gesundheitspolitik. Diese werde immer unkalkulierbarer und treffe den Pharma-Mittelstand besonders hart. Als wichtigste aktuelle Beispiele werden die Zwangsabschläge und die Rabattverträge genannt.
Laut Mayer dürfe die Gesundheitspolitik in Deutschland nicht weiter auf reine Kostendämpfung reduziert werden. Gesundheitspolitik müsse ebenso Verbraucherschutzpolitik, aber auch Innovations- und Standportpolitik sein.

Energiekosten gefährden Chemie-Standort

Mit Sorge beobachtet die chemische Industrie derzeit, dass sich die Energiepreise zu einer immer größeren Gefahr für den Standort entwickeln.

Nach Angaben von Dr. Gerd Backes, Vorsitzender des baden-württembergischen Verbandes der chemischen Industrie, bezahlen die Chemie-Unternehmen in Deutschland für Strom rund 50 Prozent mehr als die Konkurrenten in Frankreich. Diese höheren Energiekosten könnten kaum an die Kunden weitergegeben werden. Auch die deutschen Industriegaspreise seien im internationalen Vergleich noch immer viel zu hoch. Sie liegen gut 30 Prozent über dem Durchschnitt der europäischen Konkurrenz.

Der EU-Emissionshandel, das Energiesteuergesetz, das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz kosten die chemische Industrie bundesweit zur Zeit jährlich ca. 1,3 Mrd. Euro. Tendenz: stark steigend. Diese politisch bedingten Zusatzkosten liegen für die Branche in Baden-Württemberg aktuell bei rund 100 Mio. Euro pro Jahr.

Die Verbände wollen deshalb dafür kämpfen, dass es bei der Energiepolitik nicht um Ideologie geht. Die Chemie-Unternehmen seien auf eine sichere und bezahlbare Versorgung angewiesen.

Chemie fordert Abschaffung der Andienungspflicht

Laut Backes wird die Standorttreue der Branche aber auch durch landesspezifische Mehrbelastungen immer wieder auf die Probe gestellt.

Ein Beispiel hierfür sei die Andienungspflicht für Sonderabfälle in Baden-Württemberg. Obwohl das Abfallrecht im Wesentlichen durch europäische Vorgaben und den Bundesgesetzgeber geregelt sei, halte das Land an dieser zusätzlichen Belastung fest.

Aktuell werden aufgrund der Andienungspflicht ca. 20.000 Tonnen Sonderabfälle pro Jahr in Baden-Württemberg eingesammelt. Sodann werden diese hunderte von Kilometern nach Hamburg transportiert und dort zu überhöhten Preisen verbrannt. Dies ist nach Meinung der Chemie-Verbände sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnlos.

Die chemische Industrie fordert deshalb, die Sonderabfallverordnung spätestens Ende 2011 aufzuheben.

Mit der Abschaffung der Andienungspflicht würde sich die Zahl der potentiell nutzbaren Entsorgungsanlagen deutlich erhöhen. Dadurch könnten die hohen Entsorgungskosten verringert und außerdem Bürokratiekosten gesenkt.

Für Rückfragen:

Ralf Müller	07221 2113-45
	0162 21116-45
Andreas C. A. Fehler	07221 2113-48
	0162 21116-48
	medien@chemie.com

Diesen Text finden Sie elektronisch auch unter **medien.chemie.com,** dem Internet-Angebot der Chemie-Verbände Baden-Württemberg für die Medien.

Chemie
Baden-Württemberg

Information für die Medien

Wirtschaftspressekonferenz der chemischen Industrie 2011: Ausbildungssituation

Ausbildungsplatzangebot und -quote sind gestiegen - Duale Hochschule besonders stark

Ausbildungsplatzsituation in der chemischen Industrie Baden-Württembergs

Stuttgart, 7. April 2011. Die Chemie-Arbeitgeber in Baden-Württemberg werden in diesem Jahr voraussichtlich 1.000 neue Ausbildungsplätze anbieten. Nach Angaben von Markus Scheib, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Chemie Baden-Württemberg e. V., könnte damit das Ausbildungsplatzangebot 2011 um drei bis vier Prozent gesteigert werden. Insgesamt bilden die baden-württembergischen Chemie-Unternehmen derzeit rund 3.000 junge Menschen aus. Die am stärksten besetzten Berufe sind die Chemikanten, Industriekaufleute und Chemielaboranten.

Beachtlich ist die hohe Zahl von Studenten an der Dualen Hochschule. Hier bildet die Chemie-Branche inzwischen mehr als 500 Jugendliche aus. Damit liegt Baden-Württemberg im Bundesvergleich mit großem Abstand an erster Stelle. 18,3 Prozent der angebotenen Ausbildungsplätze sind duale Studiengänge. Bundesweit liegt diese Zahl für die chemische Industrie bei 9,5 Prozent.

Die allgemeine Ausbildungsquote ist weiter gestiegen. Sie liegt 2011 bei 4,5 Prozent, 2002 lag sie noch bei 3,7 Prozent.

Als eine Folge der demografischen Entwicklung verweist Scheib darauf, dass im letzten Jahr 60 angebotene Ausbildungsplätze nicht besetzt werden konnten. Es fehle häufig an geeigneten Bewerbern für die anspruchsvollen Berufsfelder in der Chemie. Die Chemie-Arbeitgeber wollen deshalb gegenüber den Schulen noch deutlicher machen, welche Anforderungen die Unternehmen an Schulabgänger stellen müssen.

Für Rückfragen:

Ralf Müller	07221 2113-45
	0162 21116-45
Andreas C. A. Fehler	07221 2113-48
	0162 21116-48
	medien@chemie.com

Diesen Text finden Sie elektronisch auch unter **medien.chemie.com,** dem Internet-Angebot der Chemie-Verbände Baden-Württemberg für die Medien.

Ausführungen von Dr. Gerd Backes,
Vorsitzender des Verbandes der Chemischen Industrie e.V.,
Landesverband Baden-Württemberg,
Wirtschaftspressekonferenz
der Chemie-Verbände Baden-Württemberg,
Donnerstag, 07. April 2011

Sperrfrist: Donnerstag, 07. April 2011, 10:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich darf Sie herzlich willkommen heißen. Die Schwerpunkte meiner Berichterstattung sind:

- die Klimapolitik und die Energiekosten,
- der aktuelle Verfahrensstand bei REACH und
- die Andienungspflicht für baden-württembergische Sonderabfälle.

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind für die Zukunft des Chemiestandortes von einer entscheidenden Bedeutung.

Ein wesentlicher Faktor ist dabei das Thema Energie. Die Chemieproduktion - insbesondere von Grundstoffen und Massenprodukten - erfordert einen hohen Energieeinsatz.

Unsere Unternehmen haben hier Beachtliches geleistet: Obwohl wir in den letzten 20 Jahren immer mehr produziert haben, ist der Energieverbrauch ständig gesunken: So stieg die Produktion von 1990 bis 2009 bundesweit um 42 Prozent. Gleichzeitig nahmen die absoluten Treibhausgasemissionen um 48 Prozent ab. Die chemische Industrie wird ihre Anstrengungen zur Energieeffizienz fortsetzen und weiter verstärken. Wir wollen weiterhin die Spitze dieser ökologisch sinnvollen Entwicklung bilden.

Energiekosten gefährden Standort

Zur Zeit beobachten wir allerdings mit zunehmender Sorge, dass sich beim Energiepreis ein immer größeres Gefährdungspotenzial für unseren Standort entwickelt. So bezahlen wir in Deutschland für Strom rund 50 Prozent mehr als beispielsweise unsere Konkurrenten in Frankreich. Da wir stark im internationalen Wettbewerb stehen, können wir höhere Energiekosten kaum an die Kunden weitergeben. Auch die deutschen Industriegaspreise sind trotz bester logistischer Infrastruktur im internationalen Vergleich noch immer viel zu hoch. In Europa liegen sie gut 30 Prozent über dem Durchschnitt unserer Konkurrenz.

Leider setzen die EU und Deutschland weiterhin auf eine Verteuerung der Energie, um Energieeffizienz und Klimaschutz voranzutreiben.

Diese Politik ist aber nur scheinbar marktkonform. Sie belastet gerade jene Teile der Wirtschaft, die innovative Lösungen für die Energie- und Klimaprobleme entwickeln sollen und dies mit einem hohen Input auch tun.

Der EU-Emissionshandel, das Energiesteuergesetz, das Erneuerbare-Energien-Gesetz und das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz kosten die chemische Industrie zur Zeit jährlich ca. 1,3 Milliarde Euro. Tendenz: stark steigend. Diese politisch bedingten Zusatzkosten liegen für unsere Branche in Baden-Württemberg aktuell bei rund 100 Mio. Euro pro Jahr.

Wir kämpfen dafür, dass es bei der Energiepolitik nicht um Ideologie geht. Wir brauchen eine sichere und bezahlbare Versorgung, die gleichzeitig Anreize für die Ökologie setzen kann. Dies gilt jetzt ganz besonders mit Blick auf das Ende 2010 verabschiedete Bundes-Energie-Konzept.

In diesem Konzept spielen Gebäudesanierung und energieeffizientes Bauen eine besonders wichtige Rolle. Hier steckt ein riesiges Potenzial zur Verminderung von Treibhausgasen. Leider enthalten die Vorhaben aber kaum konkrete Schritte zur Umsetzung.

Energiepolitische Vorschläge der chemischen Industrie

Wir haben deshalb vor wenigen Monaten konkrete politische Maßnahmen vorgeschlagen, um die Energieeffizienz von Gebäuden zu verbessern. Diese wurden im Hinblick auf die Klimaziele Deutschlands und der EU entwickelt und wären sofort umsetzbar.

Im Zentrum unserer Vorschläge stehen drei Maßnahmen, die bei ambitionierter Umsetzung bis 2020 bundesweit bis zu 18 Millionen Tonnen an Treibhausgasen vermeiden könnten:

Erstens:

- Eine Mehrwertsteuersenkung von 19 auf 7 Prozent für Handwerksleistungen, die zur energetischen Sanierung dienen.

Zweitens:

- Die Einrichtung eines nationalen Fonds für Gebäudeeffizienz durch den Bund. Dessen Mittel sollen ausschließlich für energetische Sanierungen bereit stehen und nicht mehr von Haushaltsplanungen abhängen.

Drittens:

- Die Förderung von Energiesparcontracting, wenn also Hausbesitzer ihre Energieversorgung und Effizienzmaßnahmen am Gebäude an Dritte abgeben.

Diesen drei zentralen Punkten stehen vier begleitende Maßnahmen zur Seite: Ein ökologischer Mietspiegel, die Kopplung der Architektenhonorare an Kriterien für Energieeffizienz sowie ein Energiekataster. Außerdem empfehlen wir die Gründung von Energieeffizienzzentren. Damit könnten Sanierer alle Informationen aus einer Hand bekommen.

Was im Energiekonzept der Bundesregierung ebenfalls völlig fehlt, sind konkrete Beschlüsse zur Begrenzung der Kosten. Dies betrifft z. B. den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Es darf nicht sein, dass der Umbau der Energieversorgung in großen Teilen insbesondere zu Lasten der Industrie geht, aus deren Wertschöpfung erst der Spielraum für eine nachhaltige Politik resultiert.

Gerade die chemische Industrie macht das Erreichen der Klimaschutzziele mit ihren Produkten vielfach erst möglich. Eine permanente Verteuerung der Energie würde vielen Unternehmen die Mittel für entsprechende Investitionen aus der Hand nehmen.

Dazu noch drei Beispiele:

- In den vergangenen 30 Jahren hat sich der Kunststoffanteil am Materialmix eines PKW's verdreifacht.

  Nach einer Studie der Fraunhofer-Gesellschaft spart der Einsatz von Polymeren in allen deutschen Fahrzeugen jährlich eine halbe Milliarde Liter Treibstoff ein. Mit der Carbon-Technologie wird bereits die nächste Ära eingeleitet.

Zweites Beispiel:

- Ein Kilo Strukturklebstoff – und ein Mercedes Benz wird 25 Kilogramm leichter.

Drittes Beispiel:

- Neue Stoffe in der Reifenzusammensetzung werden die Rollreibungswerte um bis zu 30 Prozent senken.

Insgesamt sparen Chemieprodukte in ihrem Lebenszyklus dreimal so viel Treibhausgase ein wie bei ihrer Produktion entstehen!

Deshalb sehen wir uns beim Thema Klimaschutz und Energie auch nicht als Problemverursacher, sondern als die Problemlöser-Branche.

Chemikalienpolitik / Umsetzung von REACH

Ich darf Sie nun über den aktuellen Stand in Sachen Chemikalienpolitik informieren:

In den vergangenen Jahren haben wir Sie immer wieder mit dem Thema REACH und GHS (Globally Harmonised System of Classification and Labelling of Chemicals) befasst.

Inzwischen ist die europäische Gesetzgebung abgeschlossen. Die Umsetzung in den Unternehmen läuft auf Hochtouren und stellt jedes Unternehmen – vom mittelständischen Betrieb bis zum international aufgestellten Konzern – vor große Herausforderungen.

Das macht eine Zahl deutlich: Die Anleitungen der ECHA für die Unternehmen zur Erstellung eines Registrierdossiers umfassen rund 3.000 Seiten.

Dass dieses Regelwerk hochkomplex ist, zeigt sich auch daran, dass zwischen den Nationalstaaten viele Auslegungsfragen der Gesetzestexte noch immer umstritten sind.

Beispiel:
Ist für die Mengenberechnung *(als Auslöseschwelle für die Melde- und Registrierungspflicht von Stoffen in Erzeugnissen)* das Gewicht des Autos oder nur das Gewicht der darin enthaltenen Batterie maßgeblich?

Gemeinsame Info-Plattform mit Umwelt-ministerium

Gemeinsam mit dem Umweltministerium Baden-Württemberg und der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz informieren wir im Rahmen des sogenannten „Netzwerkes REACH@Baden-Württemberg“ die betroffenen Unternehmen aller Produktionszweige. Nach Erlass der Verordnung war klar, dass die Umsetzung von REACH vor allem auch für chemie-ferne Unternehmen ein großes Problem darstellen wird.

Aus diesem Grund haben wir mit dem Umweltministerium vereinbart, durch eine Informations-Website, Informationsveranstaltungen und Mailings die Unternehmen über die aktuellen Entwicklungen und die Probleme bei der Umsetzung auf dem Laufenden zu halten. Das ist ein einzigartiges Unterfangen, das die Problematik in der baden-württembergischen Industrie verdeutlicht. Dieses Beispiel zeigt, welche zusätzlichen Herausforderungen die EU-Regulierungen sogar auf regionaler Ebene zur Folge haben. Auch hier eine Kostenbelastung durch Bürokratie.

Weitere Verschärfung bei REACH geplant

Inzwischen diskutieren Kommission, ECHA und Mitgliedsstaaten über neue striktere Auslegungen von REACH.

Die REACH-Vorgaben sind schon jetzt sehr anspruchsvoll, und die verbleibende Zeit bis zum Ende der zweiten Registrierungsfrist am 31. Mai 2013 ist knapp bemessen.

Die EU-Kommission sollte deshalb mit pragmatischen Lösungen für identifizierte Probleme helfen. Es darf nicht sein, dass die Umsetzung durch weitere Verschärfungen im laufenden Verfahren überfrachtet wird. Wir haben auch hier den Eindruck, Brüssel ist ein Elfenbeinturm.

Chemie fordert Abschaffung der Andienungspflicht

Die chemische Industrie steht zum Standort Baden-Württemberg. Diese Standorttreue wird allerdings durch landesspezifische Mehrbelastungen immer wieder auf die Probe gestellt.

Ein Beispiel hierfür ist die markteinschränkende Andienungspflicht für Sonderabfälle in Baden-Württemberg. Das Abfallrecht ist im Wesentlichen durch europäische Vorgaben und den Bundesgesetzgeber umfassend geregelt. Trotzdem hält Baden-Württemberg seit Jahren an dieser zusätzlichen Belastung der hiesigen Wirtschaft fest - ohne erkennbaren Mehrwert für den Schutz von Mensch und Umwelt.

Andere bedeutende Bundesländer, wie z. B. Nordrhein-Westfalen oder die meisten ostdeutschen Länder verzichten auf eine derartige Regelung.

Aktuell werden aufgrund der Andienungspflicht ca. 20.000 Tonnen Sonderabfälle pro Jahr in Baden-Württemberg eingesammelt, hunderte von Kilometern nach Hamburg transportiert und dort zu überhöhten Preisen verbrannt. Dies ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnlos.

Der VCI Baden-Württemberg fordert deshalb gemeinsam mit dem LVI und den IHKn:

- Die Sonderabfallverordnung muss spätestens Ende 2011 aufgehoben werden.

Die Andienungs- und Überlassungspflicht für Sonderabfälle müsste in diesem Zusammenhang komplett gestrichen werden - auch um den Wettbewerb der Entsorgungseinrichtungen endlich wieder zu ermöglichen.

Mit der Abschaffung der Andienungspflicht würde sich die Zahl der potentiell nutzbaren Entsorgungsanlagen deutlich erhöhen.

Dadurch könnten die hohen Entsorgungskosten verringert werden. Außerdem würden Bürokratiekosten gesenkt - und das alles ohne nachteilige Folgen für die Umwelt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ausführungen von Thomas Mayer,
Hauptgeschäftsführer der Chemie-Verbände
Baden-Württemberg, Baden-Baden
Wirtschaftspressekonferenz
der Chemie-Verbände Baden-Württemberg,
Donnerstag, 07. April 2011

Sperrfrist: Donnerstag, 07. April 2011, 10:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie zu unserer diesjährigen Wirtschaftspressekonferenz und stelle Ihnen nachfolgend die aktuellen Daten und Einschätzungen zur Entwicklung der chemischen Industrie vor.

Die Stimmung in unseren Unternehmen ist bundesweit insgesamt gut. Die Erholungsphase wird sich 2011 fortsetzen, verliert aber deutlich an Tempo. Die chemische Industrie wird langsamer wachsen, weil sich auf unseren wichtigsten Auslandsmärkten das Wachstum abschwächt. Zusätzlich drohen durch die instabile Lage in den arabischen Ländern kräftige Preissteigerungen bei den Rohstoffen.

Unsere Prognose für 2011: Wir gehen für das laufende Jahr bundesweit von einem Zuwachs der Chemieproduktion um 2,5 Prozent gegenüber 2010 aus. Der Umsatz dürfte um 4 Prozent zulegen.
Für die Preise von chemischen Erzeugnissen erwarten wir einen Anstieg von 2,0 Prozent.

Konjunkturumfrage 2011 - Chemie Baden-Württemberg

Um Aussagen zur wirtschaftlichen Entwicklung 2011 zu erhalten, haben wir Anfang des Jahres eine Repräsentativerhebung durchgeführt.
Als Kernergebnis ist festzustellen: Die Stimmung in unseren Unternehmen ist insgesamt optimistisch. Wir erwarten in diesem Jahr eine weiter anziehende Chemie-Konjunktur und rechnen in Baden-Württemberg mit moderaten Umsatzzuwächsen.

Die Ergebnisse im Einzelnen: 18 Prozent der Unternehmen beurteilen den Konjunkturverlauf im Jahr 2011 besser als im Vorjahr, gut zwei Drittel rechnen mit einer gleichbleibenden und 12 Prozent mit einer schlechteren Entwicklung.

Wir gehen davon aus, dass fast 60 Prozent unserer Mitgliedsunternehmen im Laufe dieses Jahres das Vorkrisen-Niveau wieder erreichen werden.

Dies ist aber nur auf den ersten Blick erfreulich. Immerhin befürchten 4 von 10 Unternehmen, erst 2012 oder sogar noch später wieder auf Vorkrisen-Niveau zu sein.

Die insgesamt positive Konjunkturprognose schlägt sich auch in der Beurteilung für die Beschäftigungsentwicklung nieder. Jedes vierte Chemie-Unternehmen erwartet 2011 einen höheren Personalstand. Nur 15 Prozent gehen von einem Beschäftigungsabbau aus.

Deshalb gehen wir unter dem Strich davon aus, dass die Mitarbeiterzahlen in der chemischen Industrie Baden-Württembergs 2011 leicht steigen werden.

Dabei rechnen die größeren Betriebe mit mehr als 500 Beschäftigten mit einer vergleichsweise besseren Beschäftigungsentwicklung. Die Personalpläne der KMU sind dem gegenüber etwas vorsichtiger.

Ansonsten ergeben sich mit Blick auf die Größenstruktur keine gravierend unterschiedlichen Gesamtprognosen.

Unsere Einschätzung wird von den aktuell vorliegenden Wirtschaftszahlen 2011 bestätigt. Im Januar und Februar sind die Umsätze der chemischen Industrie Baden-Württembergs um 7,2 Prozent gestiegen. (Pharma plus 0,2 Prozent, Farben und Lacke plus 22 Prozent)

Wirtschaftliche Situation bei den Herstellern von Farben und Lacken

2010 hat sich der Umsatz der baden-württembergischen Farben- und Lackproduzenten insgesamt positiv entwickelt. Der Anstieg von 10,6 Prozent auf 2,2 Mrd. Euro lag im Trend der Bundesentwicklung. Damit konnte die Lackbranche beim Export wieder an das Vorkrisen-Niveau anknüpfen. Der Personalstand in diesen Unternehmen ging im letzten Jahr nur moderat, um 1,4 Prozent, zurück.

Für 2011 rechnen die Hersteller von Farben und Lacken mit einer positiven Beschäftigungsentwicklung.
Fast 40 Prozent der Betriebe will die Zahl der Arbeitsplätze erhöhen.

Wirtschaftliche Situation bei den Arzneimittelherstellern

Die Gesamtumsätze der pharmazeutischen Industrie in Baden-Württemberg haben sich im Vorjahr gegenüber 2009 um 5,6 Prozent auf 7,3 Mrd. Euro verringert. Der Auslandsumsatz ging um 3,5 Prozent zurück. Das Inlandsgeschäft brach mit minus 10,3 Prozent sogar zweistellig ein. Damit gehen inzwischen 70 Prozent der in Baden-Württemberg hergestellten Medikamente in den Export. Die Zahl der Beschäftigten in den Pharma-Unternehmen ging 2010 um 2,7 Prozent zurück.

Die wirtschaftlichen Prognosen für 2011 sind bei den Arzneimittelherstellern überwiegend pessimistischer als in der gesamten Chemie-Branche. Kein einziges der befragten Unternehmen rechnet mit einer verbesserten konjunkturellen Lage. Auch die Einschätzung der Ertragslage ist gegenüber dem Vorjahr vergleichsweise negativ.

Auf diese kritische Situation gehe ich noch etwas näher ein:

In Baden-Württemberg produziert mit rund 120 Unternehmen die gesamte Palette der Arzneimittelindustrie.

Vom Global Player, über die Generikaproduktion, Biotechnologie, regenerative Medizin bis hin zur Homöopathie / Anthroposophie. Abgesehen von wenigen Großunternehmen und kleineren Konzerntöchtern handelt es sich im Schwerpunkt um Familienunternehmen.

Die immer unkalkulierbarer gewordene Gesundheitspolitik trifft diesen Pharmamittelstand besonders hart.

Die wichtigsten aktuellen Beispiele hierfür sind die Zwangsabschläge und die Rabattverträge.

Zwangsabschläge

Ab August 2010 wurde ein Preismoratorium rückwirkend zum August 2009 verabschiedet, das für 3 Jahre gelten soll. Diese lange Dauer ist einmalig in der Geschichte der zahlreichen Markteingriffe. Welches andere Unternehmen in Baden-Württemberg muss es sich gefallen lassen, dass die Preisfestsetzung mitten im Geschäftsjahr ein Jahr zurückgedreht wird. Dann wird zusätzlich noch ein Abschlag in Höhe von 16 Prozent festgelegt. Und drittens gibt es für 3 Jahre praktisch keine Möglichkeit, von dieser Preisfestsetzung abzuweichen.

Rabattverträge

Der inzwischen ruinöse Preiskampf bei den Ausschreibungen der Krankenkassen für Rabattverträge wird in den aktuellen Wirtschaftsdaten ebenfalls sichtbar. Es zeigt sich, dass bei den letzten Ausschreibungen nur noch einige wenige Großunternehmen mithalten konnten. Die deutschen mittelständischen Unternehmen sind raus aus dem Wettbewerb. Fünf Konzerne beherrschen jetzt 80 Prozent des Rabattmarktes.

Unsere Warnung vor der Entwicklung eines Oligopols ist bereits Wirklichkeit. Die Einführung des Kartellrechtes mit dem AMNOG (Arzneimittelneuordnungsgesetz) für diesen Bereich kommt womöglich zu spät.

Zugang von Innovationen

Im Bereich der forschenden Pharmaindustrie stehen wir vor dem Problem, den Zugang von Innovationen ins GKV-System zu sichern.

Einerseits unterstützen Forschungsministerium und Wirtschaftsministerium pharmazeutische Innovationen. Andererseits werden neue Medikamente im GKV-System oft nur als Preistreiber betrachtet.

Jetzt wurde im „AMNOG“ eine so genannte „frühe Nutzenbewertung“ für Arzneimittel eingeführt. D.h., der Hersteller muss 3 Monate nach dem ersten Inverkehrbringen beweisen, dass sein Arzneimittel gegenüber den vorhandenen Medikamenten einen Zusatznutzen hat. Dies ist für Arzneimittel, die auf eine Langzeitwirkung zielen, wie z.B. Arzneimittel gegen Demenz, eine große Herausforderung. Allerdings könnte damit die Debatte um den Wert von Arzneimitteln für Patienten und Gesellschaft versachlicht werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Umsetzung und die darauffolgenden Preisverhandlungen offen, fair und transparent erfolgen. Die ersten Verfahren laufen derzeit. Wir hoffen, dass die Ergebnisse für beide Seiten - d. h. Pharma-Forschung und GKV-Finanzen - tragbar sind.

Die Gesundheitspolitik in Deutschland sollte nicht auf reine Kostendämpfung reduziert werden.

Gesundheitspolitik ist ebenso Verbraucherschutzpolitik, aber auch Innovations- und Standortpolitik.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Ausführungen von Markus Scheib, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Chemie Baden-Württemberg e. V.
Wirtschaftspressekonferenz
der Chemie-Verbände Baden-Württemberg,
Donnerstag, 07. April 2011

Sperrfrist: Donnerstag, 07. April 2011, 10:30 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich darf Sie zu unserer Wirtschaftspressekonferenz begrüßen.

Chemie-Tarifrunde 2011

Zunächst zur Chemie-Tarifrunde 2011.

Heute vor einer Woche haben wir nach besonders schwierigen Verhandlungen auf Bundesebene eine Einigung erzielt. Das genaue Ergebnis mit einer 4,1-prozentigen Entgelterhöhung und einer Gesamtlaufzeit von 15 Monaten kennen Sie. Für viele unserer kleinen Unternehmen im Land wird es sicherlich nicht einfach, diesen Tarifkompromiss zu verkraften.

Die Möglichkeit, aus wirtschaftlichen Gründen die Erhöhung um bis zu drei Monate zu verschieben, ist deshalb besonders wichtig. Das ist ein sozialpolitisch sinnvolles Signal - auch für die Zukunft. Je nach Nutzung der betrieblichen Öffnungsmöglichkeiten liegt die Gesamtbelastung auf zwölf Monate bezogen damit um die drei Prozent.

Ausbildung

Ein weiteres wichtiges Element unseres Tarifabschlusses war, die chemiespezifische Nachwuchsförderung über die Initiative „Start in den Beruf“ auszubauen.

Mit diesem Programm fördern wir seit dem Jahr 2000 so genannte „benachteiligte“ Jugendliche. Junge Menschen also, die bisher keine Ausbildungsstelle gefunden haben und denen die Voraussetzungen für die erfolgreiche Berufsausbildung noch fehlen. In den letzten zehn Jahren konnten über 2.200 Jugendliche ihre Ausbildungschancen mit dem Programm erhöhen. Rund 70 Prozent haben direkt im Anschluss eine Lehrstelle angetreten.

Unser neuer Tarifvertrag mit der Mittelstandsinitiative „Start Plus“ zielt jetzt verstärkt auf die organisatorische und finanzielle Unterstützung kleiner Betriebe, die die pädagogische Betreuung nicht selbst leisten können. Dafür erhöht der Unterstützungsverein der chemischen Industrie (UCI) seine monatliche Förderung von bisher 205 Euro auf 430 Euro pro Teilnehmer.

Wir gehen davon aus, dass „Start Plus“ den Mittelstand in die Lage versetzt, die Ausbildungschancen benachteiligter Jugendlicher wesentlich zu erhöhen. Zugleich wird den Betrieben eine zusätzliche Option für die Nachwuchsgewinnung eröffnet.

Zu diesem Themenbereich möchte ich Sie über die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage zur Ausbildungsplatzsituation 2011 informieren.

Die Chemie-Arbeitgeber in Baden-Württemberg werden in diesem Jahr voraussichtlich 1.000 neue Ausbildungsplätze anbieten.

Damit konnten die Chemie-Unternehmen im Land das Ausbildungsplatzniveau aus den Jahren 2009 und 2010 übertreffen.

Wir rechnen aus heutiger Sicht damit, dass wir das Ausbildungsplatzangebot 2011 um 3 bis 4 Prozent steigern können.

Insgesamt beschäftigen unsere Mitgliedsunternehmen derzeit gut 3.000 Auszubildende. Die am stärksten besetzten Berufe sind die Chemikanten, Industriekaufleute und Chemielaboranten.

Beachtlich ist die hohe Zahl von Studenten an der Dualen Hochschule des Landes. Hier bildet unsere Branche inzwischen rund 500 Jugendliche aus. Damit liegen wir im Bundesvergleich mit großem Abstand an erster Stelle. 18,3 Prozent der angebotenen Ausbildungsplätze sind duale Studiengänge. Bundesweit liegt diese Zahl bei 9,5 Prozent.

Positiv ist die Entwicklung auch in Bezug auf die allgemeine Ausbildungsquote. Diese konnte 2010 auf 4,5 Prozent gesteigert werden. Sie lag 2002 noch bei 3,7 Prozent.

Unsere Unternehmen haben größte Anstrengungen unternommen, um jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen. Außerdem tun wir alles, um Potenzial für die besonders hochqualifizierten Ausbildungsplätze der dualen Studiengänge zu steigern.

Eine Folge der demografischen Entwicklung ist allerdings, dass wir im letzten Jahr 60 angebotene Ausbildungsplätze nicht besetzen konnten. Es fehlt an geeigneten Bewerbern für die anspruchsvollen Berufsfelder in der Chemie.

Die Chemie-Arbeitgeber werden deshalb gegenüber Kultusverwaltung und Schulen noch deutlicher machen, welche Anforderungen die Unternehmen an Schulabgänger stellen müssen. Außerdem wird die chemische Industrie in den kommenden Monaten noch intensiver als bisher das Gespräch mit Lehrerinnen und Lehrern suchen. Mit Fortbildungen und auch Veranstaltungen für Schüler wollen wir das naturwissenschaftliche Interesse bei Jugendlichen verstärkt fördern.

Dazu gehört beispielsweise auch unsere Unterstützung für den neuen Kontaktstudiengang NWA „Naturwissenschaftliches Arbeiten“. An dieser einjährigen Weiterbildungsmaßnahme nimmt in den Jahren 2011 bis 2015 von jeder Realschule im Land eine Lehrkraft teil.

Zusätzlich werden wir das Marketing für unsere Chemie-Ausbildungsberufe deutlich ausbauen. Dies ist aufgrund der demographischen Entwicklung unverzichtbar. Wir stehen als Industrie aber auch zu unserer gesellschaftlichen Verantwortung.

Der Blick auf den akademischen Nachwuchs ist derzeit erfreulich. Die aus unserer Sicht im Branchenvergleich besonders attraktiven Arbeitsplätze in der Chemie werden gut nachgefragt.

Einen gravierenden Mangel an Hochschulabsolventen im chemischen und pharmazeutischen Bereich haben wir in Baden-Württemberg nicht. Unsere Initiativen gehen sogar dahin, diesen Trend weiter zu steigern. Die Branche sieht herausfordernde Lösungen für Gegenwarts- und Zukunftsprobleme. Das ist ansprechend für junge „high potentials“.

Ganz entscheidend sind in den letzten Jahren aber auch die Veränderungen in der Hochschullandschaft. Dazu gehören insbesondere:

- der Studiengang „Pharmazeutische Biotechnologie“ an der Hochschule Biberach
- der Ausbau der Studiengänge „Chemieingenieurwesen“ an den Universitäten Karlsruhe und Mannheim
- und der Studiengang „Chemieingenieurwesen Farbe / Lack / Umwelt“. In Esslingen haben wir einen der drei deutschen Standorte.

Insgesamt werden derzeit 79 chemiespezifische Studiengänge in Baden-Württemberg angeboten.
Neu geplant sind außerdem:

- ab Wintersemester 2011 / 2012 an der Dualen Hochschule in Mannheim:
  Wirtschaftsingenieurwesen mit der Vertiefungsrichtung „Chemie und Verfahrenstechnik“

- und ab Wintersemester 2011 / 2012 an der Hochschule Reutlingen: „Angewandte Chemie mit Schwerpunkt Biomedizinwissenschaften“

Tarifeinheit

Zum Ende meiner Ausführungen möchte ich unsere Position zum Thema „Tarifeinheit“ darlegen:

Eine der wesentlichen Stärken der deutschen Wirtschaft ist ein hochentwickeltes System von Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Tarifautonomie und Flächentarifvertrag sind tragende Säulen der Sozialen Marktwirtschaft. Die deutsche Streikbilanz ist im internationalen Vergleich bemerkenswert niedrig. In der Chemie z. B. haben wir den Arbeitsfrieden seit mehr als 40 Jahren eingehalten. Das sind quasi „Schweizer Verhältnisse“.

Dieses System ist ein Standortvorteil und hat gerade in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise bewiesen, wie flexibel, effizient und notwendig es ist.

Nun hat, wie Sie wissen, das Bundesarbeitsgericht entschieden, einen Eckpfeiler dieses Erfolgsmodells aufzugeben: Es geht um das Prinzip der Tarifeinheit, d. h. kurz gesagt: ein Betrieb - ein Tarifvertrag!

Würde in Zukunft die Regel „Ein Betrieb - ein Tarifvertrag“ nicht mehr gelten, droht uns eine Zersplitterung der Tariflandschaft. Das heißt: mehrere konkurrierende Gewerkschaften würden mit den Unternehmern verhandeln. Dauerkonflikte und Einzelinteressen wären vorprogrammiert. Gerade die konstruktive und innovative Tarifpolitik auf Basis unserer Chemie-Sozialpartnerschaft würden wir ernsthaft gefährden.

Wir müssen die Tarifautonomie und das deutsche System der Sozialpartnerschaft als positive Standortfaktoren erhalten und weiterentwickeln.

Wir appellieren an die Politik, sich für dieses bewährte System einzusetzen. Dazu gehört, das Prinzip der Tarifeinheit gesetzlich zu regeln und zu schützen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Chemie
Baden-Württemberg

Schwerpunkte der chemischen Industrie

Region Mannheim/Karlsruhe
136 Unternehmen · 28.800 Beschäftigte

Region Freiburg/Hochrhein
69 Unternehmen · 16.100 Beschäftigte

Großraum Stuttgart
104 Unternehmen · 19.000 Beschäftigte

Region Ulm/Biberach
21 Unternehmen · 6.900 Beschäftigte

Umsatz und Beschäftigung

445 Unternehmen · ca. 29,6 Mrd. Euro Jahresumsatz · 96.300 Beschäftigte

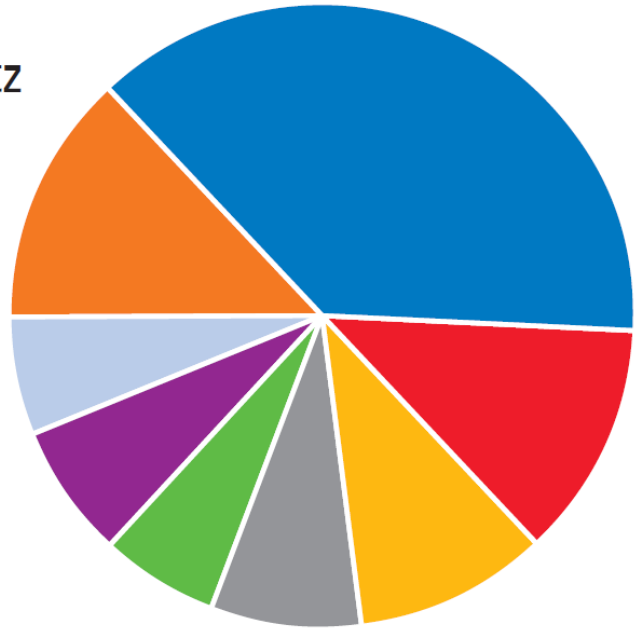
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Mitgliedsunternehmen der Chemie-Verbände Baden-Württemberg

Stand: März 2011

Vielfalt

Branchenstruktur nach Beschäftigten

- 38 % Pharma
- 12 % Lacke, Farben, Bautenschutz
- 10 % Körperpflege, Waschmittel
- 8 % Leime, Klebstoffe Mineralöl, Chemiefasern
- 6 % Kautschuk, Gummi
- 7 % Kunststoffe
- 6 % Grundchemikalien
- 13 % Sonstige

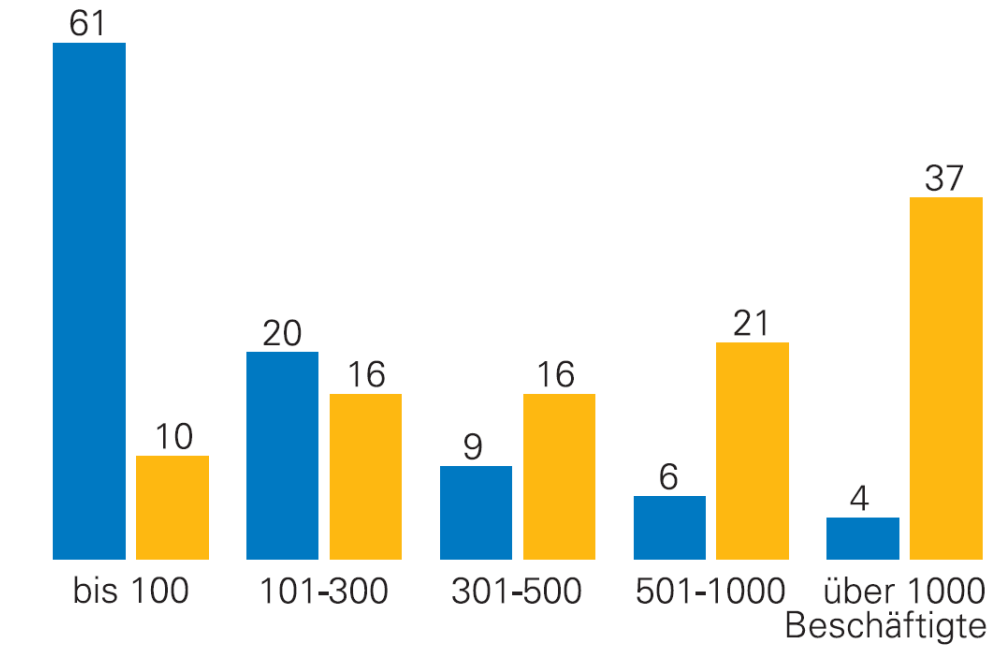


Stand März 2011/Chemie-Verbände Baden-Württemberg

Typisch mittelständisch

Größenstruktur

90 Prozent der Unternehmen haben weniger als 500 Beschäftigte.



Stand März 2011/Chemie-Verbände Baden-Württemberg

Wirtschaftszahlen Baden-Württemberg

Januar - Februar 2011

	Umsatz €	Auslands-Umsatz €	Inlands-Umsatz €	Beschäftigte
Chemische Industrie	2,7 Mrd + 7,2 %	1,6 Mrd + 8,7 %	1,1 Mrd + 5,0 %	53 479 - 2,2%
davon Pharma	1,2 Mrd + 0,2 %	0,9 Mrd + 7,1 %	0,3 Mrd - 14,5 %	25 416 - 5,0 %
davon Farben und Lacke	0,3 Mrd + 22,0 %	0,1 Mrd + 11,2 %	0,2 Mrd + 28,2 %	7 221 + 0,7 %
Verarbeitendes Gewerbe	41,5 Mrd +21,5 %	22,0 Mrd + 23,0 %	19,5 Mrd + 19,9 %	1,0 Mio + 1,1 %

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Wirtschafts- und Sozialdaten

Baden-Württemberg
2010

	Umsatz €	Auslands-Umsatz €	Inlands-Umsatz €	Beschäftigte
Chemische Industrie	16,6 Mrd + 3,2 %	9,6 Mrd + 2,3 %	7,0 Mrd + 4,5 %	54 192 - 3,1 %
davon Pharma	7,3 Mrd - 5,6 %	5,1 Mrd - 3,5 %	2,2 Mrd - 10,3 %	26 089 - 2,7 %
davon Farben und Lacke	2,2 Mrd + 10,6 %	0,7 Mrd + 12,5 %	1,5 Mrd + 9,8 %	7 221 - 1,4 %
Verarbeitendes Gewerbe	255,1 Mrd + 16,6 %	132,8 Mrd + 24,0 %	122,3 Mrd + 9,5 %	1,0 Mio - 3,0 %

Deutschland
2010

	Umsatz €	Auslands-Umsatz €	Inlands-Umsatz €	Beschäftigte
Chemische Industrie	163,1 Mrd + 17,6 %	96,3 Mrd + 19,1 %	66,8 Mrd + 15,4 %	392 669 - 1,0 %
Verarbeitendes Gewerbe	1.467,0 Mrd + 14,7 %	679,8 Mrd + 19,8 %	787,2 Mrd +10,6 %	4,9 Mio - 2,4 %

Quelle: Stat. Ämter
Hinweis: Firmen +50 Beschäftigte

Ergebnis der Konjunktur-Umfrage 2011
in der chemischen Industrie Baden-Württemberg

alle Unternehmen

Beteiligung: **98 Unternehmen**

Beschäftigte : **48.738**

1. Einschätzung der aktuellen Lage der Konjunktur in der Branche zu Jahresbeginn 2011:

gut	befriedigend	kaum befriedigend	schlecht
35 %	**50 %**	**12,2 %**	**1 %**

2. Einschätzung der Konjunkturentwicklung in der Branche in 2011:

besser als 2010	in etwa wie 2010	schlechter als 2010
18 %	**68,4 %**	**12,2 %**

3. Einschätzung der Ertragslage des Unternehmens in 2011:

besser als 2010	in etwa wie 2010	schlechter als 2010
22,4 %	**56,1 %**	**21,4 %**

4. Nettoumsatzrendite des Unternehmens in 2011 (Schätzung):

Verlust	bis 3 %	3 – 5 %	5 – 10 %	> 10 %
6,1 %	**25,5 %**	**23,5 %**	**22,4 %**	**17,3 %**

5. Einschätzung Beschäftigtenentwicklung 2011 gegenüber 2010:

höher	konstant	geringer
24,5 %	**60,2 %**	**15,3 %**

6. Wann ist das Vorkrisenniveau erreicht, gemessen an Umsatz oder Produktion (Schätzung):

2010	2011	2012	2013	später
38,8 %	**18,4 %**	**20,4 %**	**10,2 %**	**9,2 %**

Ergebnis der Konjunktur-Umfrage 2011
in der chemischen Industrie Baden-Württemberg

PHARMA

Beteiligung: **18 Unternehmen**

Beschäftigte : **22.775**

1. Einschätzung der aktuellen Lage der Konjunktur in der Branche zu Jahresbeginn 2011:

gut	befriedigend	kaum befriedigend	schlecht
27,8 %	**38,9 %**	**33,3 %**	**0 %**

2. Einschätzung der Konjunkturentwicklung in der Branche in 2011:

besser als 2010	in etwa wie 2010	schlechter als 2010
0 %	**77,8 %**	**22,2 %**

3. Einschätzung der Ertragslage des Unternehmens in 2011:

besser als 2010	in etwa wie 2010	schlechter als 2010
5,6 %	**55,6 %**	**38,9 %**

4. Nettoumsatzrendite des Unternehmens in 2011 (Schätzung):

Verlust	bis 3 %	3 – 5 %	5 – 10 %	> 10 %
5,6 %	**16,7 %**	**27,8 %**	**16,7 %**	**27,8 %**

5. Einschätzung Beschäftigtenentwicklung 2011 gegenüber 2010:

höher	konstant	geringer
22,2 %	**61,1 %**	**16,7 %**

6. Wann ist das Vorkrisenniveau erreicht, gemessen an Umsatz oder Produktion (Schätzung):

2010	2011	2012	2013	später
22,2 %	**27,8 %**	**5,6 %**	**16,7 %**	**22,2 %**

Ergebnis der Konjunktur-Umfrage 2011
in der chemischen Industrie Baden-Württemberg

FARBEN und LACKE

Beteiligung: **13 Unternehmen**

Beschäftigte : **2.348**

1. Einschätzung der aktuellen Lage der Konjunktur in der Branche zu Jahresbeginn 2011:

gut	befriedigend	kaum befriedigend	schlecht
15,4 %	**69,2 %**	**7,7 %**	**7,7 %**

2. Einschätzung der Konjunkturentwicklung in der Branche in 2011:

besser als 2010	in etwa wie 2010	schlechter als 2010
15,4 %	**69,2 %**	**15,4 %**

3. Einschätzung der Ertragslage des Unternehmens in 2011:

besser als 2010	in etwa wie 2010	schlechter als 2010
30,8 %	**61,5 %**	**7,7 %**

4. Nettoumsatzrendite des Unternehmens in 2011 (Schätzung):

Verlust	bis 3 %	3 – 5 %	5 – 10 %	> 10 %
7,7 %	**15,4 %**	**46,2 %**	**23,1 %**	**7,7 %**

5. Einschätzung Beschäftigtenentwicklung 2011 gegenüber 2010:

höher	konstant	geringer
38,8 %	**61,5 %**	**7,7 %**

6. Wann ist das Vorkrisenniveau erreicht, gemessen an Umsatz oder Produktion (Schätzung):

2010	2011	2012	2013	später
23,1 %	**30,8 %**	**15,4 %**	**15,4 %**	**7,7 %**

Ergebnis der Konjunktur-Umfrage 2011
in der chemischen Industrie Baden-Württemberg

Unternehmen > 500 Beschäftigte

Beteiligung: **22 Unternehmen**

Beschäftigte : **36.919**

1. Einschätzung der aktuellen Lage der Konjunktur in der Branche zu Jahresbeginn 2011:

gut	befriedigend	kaum befriedigend	schlecht
45,5 %	**31,8 %**	**18,2 %**	**0 %**

2. Einschätzung der Konjunkturentwicklung in der Branche in 2011:

besser als 2010	in etwa wie 2010	schlechter als 2010
13,6 %	**77,3 %**	**91,1 %**

3. Einschätzung der Ertragslage des Unternehmens in 2011:

besser als 2010	in etwa wie 2010	schlechter als 2010
22,7 %	**54,5 %**	**22,7 %**

4. Nettoumsatzrendite des Unternehmens in 2011 (Schätzung):

Verlust	bis 3 %	3 – 5 %	5 – 10 %	> 10 %
0 %	**18,2 %**	**27,3 %**	**27,3 %**	**13,6 %**

5. Einschätzung Beschäftigtenentwicklung 2011 gegenüber 2010:

höher	konstant	geringer
18,2 %	**59,1 %**	**22,7 %**

6. Wann ist das Vorkrisenniveau erreicht, gemessen an Umsatz oder Produktion (Schätzung):

2010	2011	2012	2013	später
50,0 %	**22,7 %**	**4,5 %**	**9,1 %**	**9,1 %**

Ergebnis der Konjunktur-Umfrage 2011
in der chemischen Industrie Baden-Württemberg

Unternehmen < 500 Beschäftigte

Beteiligung: **76 Unternehmen**

Beschäftigte : **11.819**

1. Einschätzung der aktuellen Lage der Konjunktur in der Branche zu Jahresbeginn 2011:

gut	befriedigend	kaum befriedigend	schlecht
32,9 %	**55,3 %**	**10,5 %**	**1,3 %**

2. Einschätzung der Konjunkturentwicklung in der Branche in 2011:

besser als 2010	in etwa wie 2010	schlechter als 2010
19,7 %	**65,8 %**	**13,2 %**

3. Einschätzung der Ertragslage des Unternehmens in 2011:

besser als 2010	in etwa wie 2010	schlechter als 2010
22,4 %	**56,6 %**	**21,1 %**

4. Nettoumsatzrendite des Unternehmens in 2011 (Schätzung):

Verlust	bis 3 %	3 – 5 %	5 – 10 %	> 10 %
7,9 %	**27,6 %**	**22,4 %**	**21,1 %**	**18,4 %**

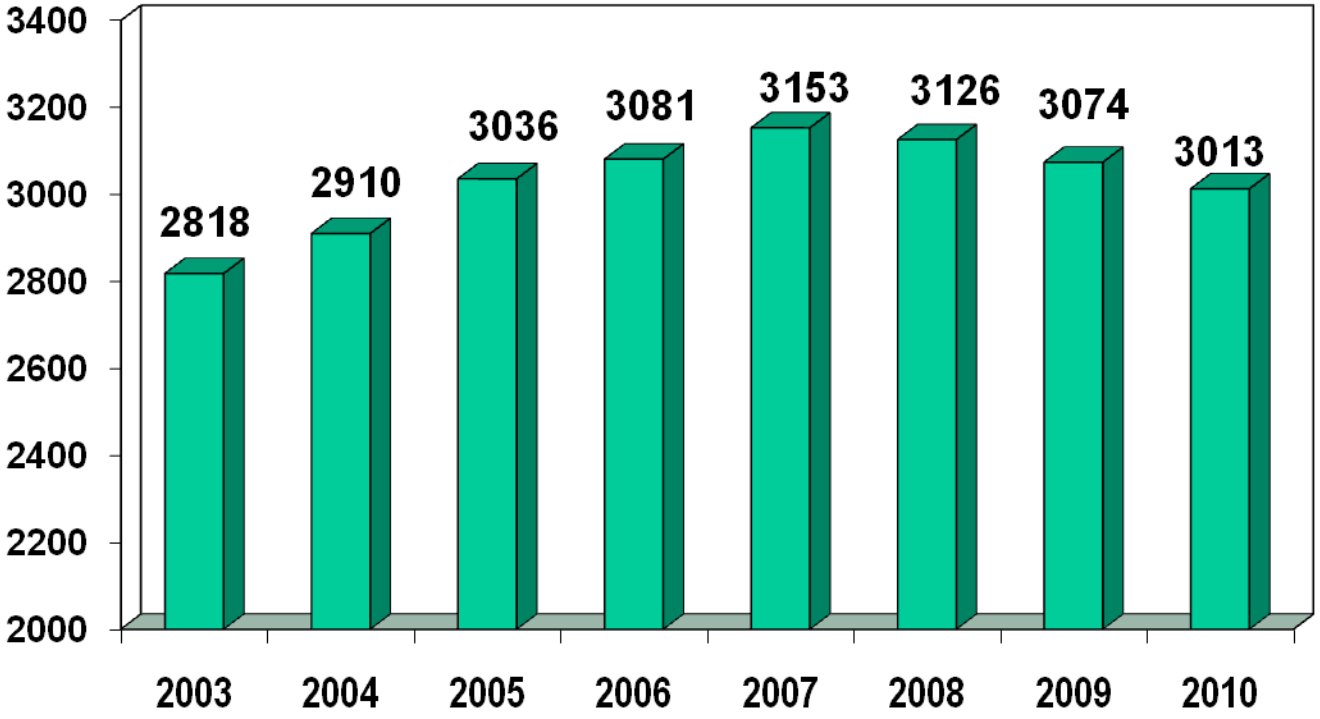
5. Einschätzung Beschäftigtenentwicklung 2011 gegenüber 2010:

höher	konstant	geringer
26,3 %	**60,5 %**	**13,2 %**

6. Wann ist das Vorkrisenniveau erreicht, gemessen an Umsatz oder Produktion (Schätzung):

2010	2011	2012	2013	später
35,5 %	**17,1 %**	**25,0 %**	**10,5 %**	**9,2 %**

Anzahl Auszubildende
in der chemischen Industrie Baden-Württemberg



Quelle: Umfrage des agvChemie BW

Chemie
Baden-Württemberg

Zusatzinformation Chemie-Flächentarife

Die Chemie-Tarifparteien haben sehr frühzeitig eine Neuorientierung ihrer Tarifpolitik eingeleitet. Das heißt: Weg von verkrusteten Strukturen und hin zu einem modernen System, das die Förderung von Standort und Beschäftigung in den Mittelpunkt stellt.

Ermöglicht wird dies durch Flexibilisierungsklauseln und Flächentarifverträge mit einer ganzen Reihe von Öffnungen und Optionen. Mit diesen Lösungen ist die Chemie vielfach Vorreiter.

Dazu gehören beispielhaft die tarifliche Altersvorsorge oder der Arbeitszeitkorridor von 35 – 40 Wochenstunden.
Auch die Vielzahl der Sozialpartner-Vereinbarungen, wie z. B. zur familienbewussten Personalpolitik, steht für diese besondere Form der Zusammenarbeit zwischen Chemie-Arbeitgebern und Chemie-Arbeitnehmern.

Die Branche verfügt mit insgesamt 14 untereinander kombinierbaren Öffnungs- und Optionsklauseln über die flexibelsten Tarifverträge. Mit diesem System wird Innovationspotenzial in den Arbeitsverhältnissen geschaffen.

Ermöglicht wurden die dargestellten Entwicklungen durch eine meist geräuschlose, dafür aber effiziente und innovative Tarifpolitik.

Eine pragmatische Sozialpartnerschaft ist zum Markenzeichen geworden, gemeinsam mit dem Sozialpartner, der IG BCE.

Jede Einschränkung der Tarifautonomie lehnt die Chemie deshalb selbstverständlich ab. Das gilt für die Chemie-Arbeitgeber genauso wie für die Chemie-Gewerkschaft.

Moderne Chemie-Flächentarife

Flexibilisierungen – Öffnungen – Optionen

Die Tarifparteien der westdeutschen chemischen Industrie haben in den letzten Jahren eine Reihe von Flexibilisierungen, Öffnungen und Optionen in den Chemie-Flächentarifverträgen verankert. Mit diesen Tarifreformen waren sie mehrfach Vorreiter. Inzwischen verfügen die Chemie-Unternehmen im Bedarfsfall tariflich über beträchtliche Kosten- und Arbeitszeitspielräume.

Die Chemie-Flexibilisierungen lassen sich im Wesentlichen in die zwei Bereiche Arbeitszeit und Tarifentgelt einteilen. Markante Beispiele sind der so genannte Arbeitszeitkorridor und der Entgeltkorridor. Nachfolgend ein Überblick über die Tarifmodernisierungen:

Bereich Arbeitszeit

Arbeitszeitkorridor

Die tarifliche Regelarbeitszeit in der chemischen Industrie beträgt 37,5 Wochenstunden. Durch Vereinbarung auf betrieblicher Ebene kann für einzelne Betriebsteile oder größere Arbeitnehmergruppen eine längere oder kürzere Wochenarbeitszeit festgelegt werden. Hierfür steht ein Korridor zwischen 35 und 40 Wochenstunden zur Verfügung. Bezahlt werden die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden.

Verteilzeiträume

Die festgelegte Wochenarbeitszeit muss nicht in jeder einzelnen Woche, sondern kann im Rahmen eines „Verteilzeitraums" von bis zu 12 Monaten durchschnittlich erreicht werden. Der Ausgleich des Stundenkontos kann durch eine erweiterte Flexibilisierung seit der Tarifrunde 2002 auch außerhalb des 12-Monatszeitraums erfolgen. In bestimmten Fällen (z. B. Forschungsprojekte) ist eine Ausdehnung des Verteilzeitraumes auf bis zu drei Jahre möglich. Bei starkem Arbeitsanfall kann also länger gearbeitet und dies in auftragsschwächeren Zeiten entsprechend ausgeglichen werden. Die tägliche Arbeitszeit kann hierbei bis zu zehn Stunden betragen.

Wochenendarbeit

Auf Grundlage der Tarifvereinbarungen in der chemischen Industrie ist auch Samstagsarbeit möglich. In Schichtbetrieben kann darüber hinaus auch an Sonntagen gearbeitet werden. In vollkontinuierlich arbeitenden Betrieben sind dabei Sonntagsschichten von 12 Stunden zulässig. Generell ist in Schichtbetrieben bei Arbeitsbereitschaft eine tägliche Arbeitszeit bis zu 12 Stunden möglich.

Ausgleich von Mehrarbeit durch Freizeit

Mehrarbeit – also Arbeitsstunden, die über die vereinbarte Wochenarbeitszeit hinausgehen und nicht im Rahmen eines Verteilzeitraumes (s.o.) ausgeglichen werden – wird gemäß Chemietarifvertrag nicht mehr bezahlt, sondern durch Freizeit ausgeglichen. Wenn der Zeitausgleich innerhalb eines Monats erfolgt, fällt auch kein Mehrarbeitszuschlag an. Dadurch gibt es in der Chemie praktisch keine bezahlten Überstunden mehr.

Option für Langzeitkonten ...

In der Tarifrunde 2003 haben BAVC und IG BCE eine tarifliche Option zur Bildung von Langzeitkonten vereinbart. Sie können durch freiwillige Betriebsvereinbarung eingerichtet und für verschiedene Zwecke wie z. B. für Qualifizierung oder Freistellung vor der Altersrente genutzt werden. Als Langzeitkonten gelten Arbeitszeitkonten, die einen Verteilzeitraum von mehr als 12 Monaten umfassen. In solche Langzeitkonten können einfließen: Zeitguthaben gemäß der tariflichen Vorschriften, Altersfreizeiten, Mehrarbeit, Mehrarbeitzuschläge sowie Urlaubsansprüche, die über den gesetzlichen Anspruch hinausgehen.

... und Qualifizierung

Parallel zu den Langzeitkonten haben BAVC und IG BCE eine Tarifoption zur Qualifizierung geschaffen. Sie kann für freiwillige Betriebsvereinbarungen über Qualifizierungsmaßnahmen genutzt werden. Als Qualifizierung gelten alle betriebsbezogenen und individuellen beruflichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen. Zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird dabei auch eine faire Kostenverteilung geregelt.

Beide Tarifoptionen dienen der nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit der Chemieunternehmen und der Beschäftigungsfähigkeit der Chemiearbeitnehmer.

BAVC
Die ChemieArbeitgeber

Altersteilzeit

Die Altersteilzeitregelung in der chemischen Industrie ermöglicht es Arbeitnehmern, ab dem 55. Lebensjahr ihre Arbeitszeit unter bestimmten Voraussetzungen für bis zu sechs Jahre um die Hälfte zu reduzieren. Im so genannten „Blockmodell" können die Altersteilzeit-Arbeitnehmer ihre Arbeit in der ersten Hälfte des Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisses leisten. Sie arbeiten dann beispielsweise 2 1/2 Jahre ab dem 55. Lebensjahr voll, um mit 57 1/2 für weitere 2 1/2 Jahre freigestellt zu werden.

Über den gesamten Zeitraum erhalten sie gleichbleibende Bezüge in Höhe von mindestens 85 vH ihres Vollzeit-Nettoeinkommens. Sie gehen anschließend in Rente. Unter bestimmten Voraussetzungen kann durch betriebliche Regelungen die Altersteilzeit auf bis zu zehn Jahre ausgedehnt werden.

Bereich Tarifentgelt

Entgeltkorridor

Auf betrieblicher Ebene kann mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien vereinbart werden, dass die in den Flächentarifverträgen für die chemische Industrie festgelegten Tarifentgelte für alle Beschäftigten eines Betriebes bis zu 10 vH abgesenkt werden, wenn dies aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit oder zum Erhalt des Standortes und/oder von Arbeitsplätzen erforderlich ist.

Tarifkonkurrierende Bereiche

Der Tarifabschluss 2000 hat zusätzlich zum bestehenden Entgeltkorridor eine weitreichende Öffnungsklausel neu eingeführt. Sie gilt für Betriebe, deren tarifliche Arbeitsbedingungen wegen der Überschneidung ihrer Tätigkeiten mit dem Geltungsbereich der Flächentarifverträge anderer Branchen nicht mehr wettbewerbsfähig sind. In diesen Fällen können mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien abweichende Tarifregelungen auf betrieblicher Ebene oder in firmenbezogenen Verbandstarifverträgen vereinbart werden.

Abgesenkte Einstiegstarife

Für neu eingestellte Arbeitnehmer gelten in der chemischen Industrie so genannte „Einstiegstarife". So erhalten unbefristet eingestellte Arbeitnehmer und übernommene Ausgebildete im ersten Beschäftigungsjahr Bezüge in Höhe von 95 vH der sonst geltenden Tarifentgelte. Für neu eingestellte Langzeitarbeitslose gilt im ersten Jahr ein Satz von 90 vH.

Erfolgsabhängige Jahresleistung ...

Die tarifliche Jahresleistung in der chemischen Industrie (13. tarifliches Monatsentgelt) kann bei tiefgreifenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit Zustimmung des Betriebsrates gekürzt, gestrichen oder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Hierzu ist die Zustimmung der Tarifvertragsparteien erforderlich.

... mit Optionsklausel

Mit dem Tarifabschluss 2002 wurde eine neuartige Optionsklausel vereinbart. Durch sie ist es auf betrieblicher oder Unternehmensebene möglich, die Höhe der tariflichen Jahresleistung nach dem Prinzip „Chance und Risiko" an die wirtschaftliche Situation zu koppeln. Anstelle der festen tariflichen Jahresleistung von 95 vH des tariflichen Monatsentgelts kann eine Bandbreite von 80 vH bis 125 vH vereinbart werden.

Entlastungen kombinierbar

Die verschiedenen Flexibilisierungsmaßnahmen können weitgehend miteinander kombiniert werden. Die Unternehmen können dadurch innerhalb des Chemie-Flächentarifs je nach ihrer individuellen Situation beträchtliche Kostenentlastungen erreichen und ihre Betriebsabläufe effizient gestalten.

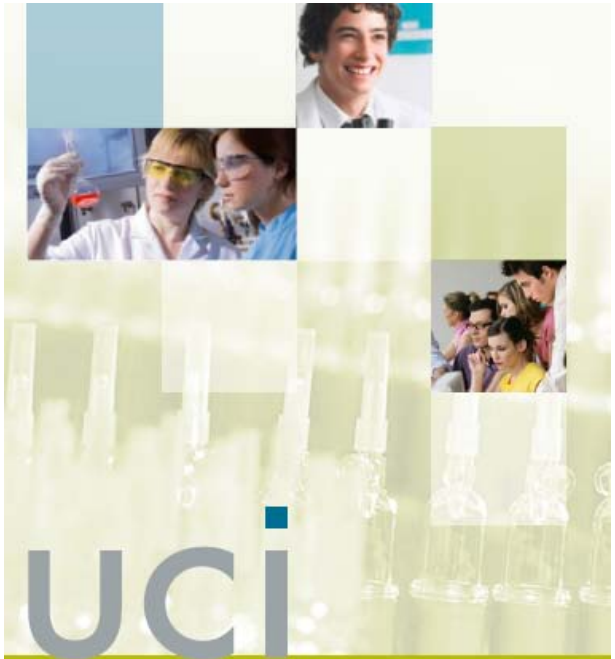
Tarifliche Altersvorsorge

Im Rahmen des Abschlusses für die westdeutsche Chemie-Industrie wurde 1998 erstmals in einem deutschen Flächentarif eine „tarifliche Altersvorsorge" vereinbart. Im September 2001 wurden die Regelungen erweitert und weiter flexibilisiert.

Bei dem Chemie-Modell kann der Arbeitnehmer seine vermögenswirksamen Leistungen, sein zusätzliches Urlaubsgeld und die Jahresleistung für den Aufbau einer zusätzlichen Altersvorsorge umwandeln. Für die Unternehmen ist das Modell mit geringem Verwaltungsaufwand verbunden. Durch die zur Zeit geltenden steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Regelungen ist es weitgehend kostenneutral.

Als zusätzlicher Durchführungsweg wurde nach dem Tarifabschluss 2001 von BAVC und IG BCE mit der HypoVereinsbank der Chemie Pensionsfonds gegründet. Im Frühjahr 2002 wurde er als erster deutscher Fonds dieser Art von den Aufsichtsbehörden genehmigt.

2003 · Herausgeber: Bundesarbeitgeberverband Chemie e. V., Postfach 12 80, 65002 Wiesbaden, Telefon: (06 11) 77 88 1-0.



UCI

UNTERSTÜTZUNGSVEREIN
DER CHEMISCHEN INDUSTRIE

Start in den Beruf

EINE INITIATIVE DER CHEMIE-SOZIALPARTNER

Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie IG BCE

BAVC Die ChemieArbeitgeber

Was ist der Unterstützungsverein der chemischen Industrie e.V. (UCI)?

Der Unterstützungsverein der chemischen Industrie (UCI) ist eine seit 1975 bestehende gemeinsame Einrichtung der Sozialpartner Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) und Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Grundlagen der Aktivitäten des UCI sind der jeweils gültige Tarifvertrag in der chemischen Industrie sowie seine Satzung. Sein satzungsmäßiger Hauptzweck ist, Leistungen an Betriebsangehörige in Notlagen, die insbesondere durch Arbeitslosigkeit bzw. drohende Arbeitslosigkeit entstehen, zu erbringen.

In der Vergangenheit erhielten insbesondere Arbeitnehmer, die unverschuldet arbeitslos geworden waren, Leistungen des UCI. Die Unterstützung erfolgte durch Zuschüsse zum Arbeitslosengeld.

Seit der Tarifrunde 2000 ist es Aufgabe des Unterstützungsvereins, die Sozialpartner-Initiative „Start in den Beruf“ zu betreuen und finanziell zu fördern. Außerdem werden seit 2010 durch ihn zusätzliche Übernahmen Ausgebildeter im Rahmen der Nachwuchssicherung (Projekt „1.000 für 1.000“) aus einem eigens dafür eingerichteten Fonds gefördert.